

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert**

**Baden / Ständeversammlung**

**Karlsruhe, 1819 - 1933**

8. Sitzung (02.12.1891)

**urn:nbn:de:bsz:31-28868**

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung des Berichtes der Petitions-Kommission über die

Bitte des pensionirten Hauptlehrers Konstantin Kerzenmacher in Billingen um Erhöhung seiner Pension.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Strübe, beantragt Namens der Kommission:

die Petition der Großherzoglichen Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Nach einer kurzen Erklärung des Regierungskommissärs, Ministerialrath Becherer, wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident bestimmt die nächste Sitzung auf

Mittwoch, den 2. Dezember,  
Vormittags 9 Uhr,

mit folgender

Tagesordnung:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Berathung der Berichte der Budget-Kommission über die Rechnungsnachweisungen für 1888 und 1889 des Großherzoglichen Ministeriums des Innern, und zwar:

Ausgabe-Titel I—X, XX—XXII;

Einnahme-Titel I.

Berichterstatter: Abg. Gönner.

Ausgabe-Titel XVI—XVIII;

Einnahme-Titel VI—VIII.

Berichterstatter: Abg. Frank.

3. Berathung des Berichtes der Petitions-Kommission, die Nachweisung über die der Großherzoglichen Staatsregierung während des Landtags 1889/90 von der zweiten Kammer der Ständeversammlung überwiesenen Petitionen und deren Erledigung betreffend.

Berichterstatter: Abg. Strübe.

4. Berathung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzes-Entwurfs, die Vereinigung der Gemeinde Neidelsbach mit der Gemeinde Eubigheim.

Hierauf Schluß der Sitzung.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:

A. Lamey.

Die Sekretäre:

Greiff.

Engelberth.

## Achte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, am 2. Dezember 1891.

### Gegenwärtig

als Vertreter der Großherzoglichen Regierung: Staatsrath Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert, die Ministerialräthe Buchenberger, Brann, von Jagemann, sodann die Mitglieder der Kammer mit Ausnahme der Abgeordneten Hennig, Kiefer, Pöfler, Schättgen, Streicher und Weggoldt.

Unter dem Voritze des Präsidenten Lamey.

Die Sitzung wird eröffnet um 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Der Präsident gibt bekannt, daß von dem Abgeordneten Streicher ein Gesuch um Bewilligung eines 10 bis 12tägigen Urlaubs zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eingekommen sei. Dem Gesuch wird entsprochen.

Ferner theilt der Präsident mit, daß eingelaufen ist:

1. die Denkschrift des Großherzoglichen Ministeriums der Finanzen vom 21. November 1891 Nr. 11018.

Dieselbe soll der Budgetkommission zur Kenntnissnahme wegen Fassung und Formulierung ihrer Beschlüsse überwiesen werden.

2. durch Vermittlung des Großherzoglichen Staatsministeriums die Denkschrift der Großherzoglichen Oberrechnungskammer für den Landtag 1891/92 vom 11. November 1891.

Dieselbe ist der Budget-Kommission zu übergeben.

Vom Sekretariat wird dem Hause von dem Einlauf folgender Petitionen Eröffnung gemacht:

1. Bitte des Bremser Ferdinand Fränznick und Genossen um Besserstellung beziehungsweise etatmäßige Anstellung betreffend, d. d. Karlsruhe, den 2. Dezember 1891 — übergeben durch den Abgeordneten Muser;

2. Ehrerbietigste Vorstellung der Revisoren Carl Lamp und Philipp Auer bei katholischem Oberprüfungs-rath, die Regelung ihrer Gehaltsbezüge und beziehungsweise die Auslegung und Anwendung des § 20 der Gehaltsordnung vom 24. Juli 1888 betreffend, d. d. Karlsruhe, den 29. November 1891;

3. Ehrerbietigste Bitte der Stadt Neuenburg um Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1856 (Regierungsblatt Nr. XXII), die Abtretung des Rheinvorlandes an den Großherzoglich Badischen Staat betreffend, d. d. 24. November 1891 — übergeben vom Abgeordneten Mankenhorn;

4. Bitte vieler Rebzpflanzer des Amtsbezirks Offenburg, die Handelsverträge, hier insbesondere die Weinzölle betreffend, d. d. Offenburg, den 29. November 1891;

5. den „Initiativantrag“ überschriebenen Gesetzentwurf des Abgeordneten Birkenmayer und Genossen vom 30. November d. J., die Einführung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur zweiten Kammer der badischen Landstände betreffend.

Der Präsident verkündet, daß:

a. die Petitionen unter Ziffer 1 und 2 vorläufig bis zur Bildung der besondern Kommissionen für Anträge ähnlicher Art zurückgelegt werden;

b. die Petitionen unter Ziffer 3 und 4 der Petitions-Kommission zur geschäftlichen Behandlung überwiesen werden;

c. der Gesetzentwurf unter Ziffer 5 gleichzeitig mit der Motion des Abgeordneten Muser und Genossen gleichen Betreffs auf eine der nächsten

Tagesordnungen gesetzt werde, nachdem zuvor der Entwurf gedruckt und während der vorchriftsmäßigen Zeit in den Händen der Abgeordneten sich befunden.

Hierauf erstattet der Abgeordnete Gönner über die Rechnungsnachweisungen des Ministeriums des Innern für 1888/89 Bericht. Der Antrag des Berichterstatters geht dahin:

die Ausgaben:

#### A. Ordentlicher Etat

Titel	I Ministerium mit . . .	422 279.29	M
„	II Landeskommissäre mit . . .	26 113.09	„
„	III Verwaltungsgerichtshof mit . . .	107 818.99	„
„	IV Verwaltungshof mit . . .	288 974.27	„
„	V Generallandesarchiv mit . . .	69 238.81	„
„	VI Oberaichungsamt mit . . .	9 036.70	„
„	VII Rheinschiffahrtsbehörden mit . . .	5 615.91	„
„	VIII Durchführung der sozialen Gesetze mit . . .	11 167.80	„
„	IX Bezirksverwaltung und Polizei mit . . .	5 493 406.58	„
„	X Allgemeine Sicherheits-Polizei . . .	1 377 740.76	„
„	XX Porto, Fracht- und Telegraphenposten mit . . .	18 447.33	„
„	XXI Allgemeiner Remunerationfond mit . . .	183 990.40	„
„	XXII Verschiedene und zufällige Ausgaben mit . . .	53 772.74	„

die Einnahmen bei

Titel	I Bezirksverwaltung und Polizei mit . . .	705 642.45	„
-------	---	------------	---

#### B. Außerordentlicher Etat

die Ausgaben bei

Titel	V Generallandesarchiv		
	Etatperiode 1886/87 mit . . .	610.—	M
	„ 1888/89 mit . . .	1 790.—	„
Titel	IX Bezirksverwaltung und Polizei		
	Etatperiode 1886/87 mit . . .	63 894.82	„
	„ 1888/89 mit . . .	184 433.79	„

für unbeanstandet zu erklären.

Dieser Antrag wird von der Kammer angenommen.

Die gleiche Annahme findet der Antrag des Berichterstatters, Abgeordneter Frank, bezüglich desselben Ministeriums und zwar:

I. die Ausgaben im	
A. Ordentlichen Etat	
Titel XVI mit . . . . .	95 399.58 M.
und im	
B. Außerordentlichen Etat	
mit . . . . .	18 938.47 „
Im Ganzen . . . . .	
	114 338.05 M.
II. die Einnahmen mit . . . . .	
	473.95 M.
für unbeanstandet zu erklären.	
III. die Ausgaben im	
A. Ordentlichen Etat	
Titel XVII mit . . . . .	361 389.54 „
und im	
B. Außerordentlichen Etat	
a. von der Etatperiode 1886/87 mit	290.559.70 „
und	
b. von der Etatperiode 1888/89 mit	50 714.08 „
Im Ganzen . . . . .	
	702 663.32 M.
IV. die Einnahmen mit . . . . .	
	41 960.63 M.
für unbeanstandet zu erklären.	
V. die Ausgaben im	
A. Ordentlichen Etat	
Titel XVIII mit . . . . .	704 708.37 M.
und im	
B. Außerordentlichen Etat	
a. von der Etatperiode 1886/87 mit	70.80 „
b. von der Etatperiode 1888/89 mit	12 777.07 „
Im Ganzen . . . . .	
	717 485.44 M.
VI. die Einnahmen mit . . . . .	
	17 378.78 M.
für unbeanstandet zu erklären.	
Als Berichterstatter der Petitions-Kommission erstattet Abgeordneter Strübe Bericht über die Nachweisung bezüglich der, der Großherzoglichen Staatsregierung während des Landtags 1889/90 von der zweiten Kammer der Ständeversammlung überwiesenen Petitionen und deren Erledigung.	
Der Bericht ist gedruckt und befindet sich in den Händen der Abgeordneten.	
Zu folgenden Positionen des Berichts wird das Wort ergriffen:	

- a. zu Nr. 9, vom Abgeordneten Greiff;
- b. zu Nr. 39, von den Abgeordneten Straub, Lohr und Müller;
- c. zu Nr. 16, von dem Abgeordneten Blankenhorn;
- d. zu Nr. 32, von dem Abgeordneten Dreher und Ministerialdirektor Seubert;
- e. zu Nr. 31, von dem Ministerialdirektor Seubert, welcher Auskunft dahin erteilt, daß die Petition aus Versehen der Kanzlei nicht in das Verzeichniß aufgenommen worden sei. Eine Entschliehung auf die Petition stehe noch aus, die Sache befände sich noch im Lauf;
- f. zu Nr. 11, von dem Abgeordneten Klein-Wertheim, Abgeordneter von Buol und Staatsrath Eisenlohr.

Auf Anfrage des Abgeordneten Fischer, welche unmittelbar nach der Genehmigung der Rechnungsnachweise erfolgte, erklärt der Ministerialdirektor Seubert, daß ein Gesetzentwurf über Besteuerung von Kunstwein ausgearbeitet sei und solcher dem Hause noch während der laufenden Sitzungsperiode zugehen werde.

Bezüglich der geschäftlichen Behandlung des Gesetzentwurfes, die Vereinigung der Gemeinde Neidelsbach mit der Gemeinde Cubigheim, gibt das Haus seine Zustimmung, daß über denselben ohne kommissarische Behandlung im Plenum verhandelt werde, worauf der Präsident eröffnet, daß als Berichterstatter der Abgeordnete Wildens bestellt wird, und daß nach Fertigstellung des Berichts die Sache auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die nächste Sitzung wird von dem Präsidenten auf

Freitag, den 4. Dezember 1891,  
Vormittags 9 Uhr,

mit folgender

#### Tagesordnung

bestimmt:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Berathung der Berichte der Budget-Kommission über die Rechnungsnachweisungen für 1888 und 1889:

a. des Ministeriums des Innern:

Ausgabe-Titel XI—XV;

Einnahme-Titel II—V.

Berichterstatter: Abg. Laud.

Ausgabe-Titel XIX;

Einnahme-Titel IX.

Berichterstatter: Abg. Wasser mann.

b. des Ministeriums der Finanzen:

Ausgabe-Titel I—IV, XIII und XIV.

Berichterstatter: Abg. Heimbürger.

Ausgabe-Titel VI, IX;

Einnahme-Titel II.

Berichterstatter: Abg. Fischer.

Ausgabe-Titel VII und VIII;

Einnahme-Titel III und IV.

Berichterstatter: Abg. Hug.

3. Begründung der Anträge:

a. der Abgeordneten Fischer und Genossen,

Ermäßigung der Steueranschlätze des Nebengeländes betreffend;

b. der Abgeordneten von Bodman und Genossen, Abänderung des Feuerversicherungsgesetzes vom 29. März 1852 betreffend.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:

A. Lamey.

Die Sekretäre:

Engelberth.

von Bodman.

Greiff.

## Neunte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, am 4. Dezember 1891.

### Gegenwärtig

als Vertreter der Großherzoglichen Regierung: Staatsrath Eisenlohr, Ministerialrath Buchenberger, Ministerialrath Frey, später Ministerialdirektor Seubert, sodann die Mitglieder der Kammer mit Ausnahme der Abgeordneten Dreesbach, Kiefer, Marbe, Muser, Müdt, Schättgen und Streicher.

Unter dem Vorstehe des Präsidenten Lamey.

Die Sitzung wird eröffnet um 9 Uhr.

Seitens des Sekretariats werden nachstehende Einläufe zur Kenntniß des Hauses gebracht:

1. Die Bitte der Stadtgemeinde Waldshut, die Verlassung der Eisenbahnbetriebswerkstätte in der Kreisstadt Waldshut betreffend übergeben vom Abgeordneten Schuler;
2. Bitte einer Anzahl Beamten, die Erhöhung des Wohnungsgeldes für Tauberbischofsheim betreffend;
3. Bitte der im Jahr 1885 beziehungsweise 1886 an Gymnasien angestellten Professoren, ihre Gehaltslage betreffend — übergeben vom Abgeordneten Schlusser.

Der Präsident überweist die erste Petition an die Kommission für Straßen und Eisenbahnen, die beiden letzteren an die Petitions-Kommission mit dem Bemerkten, daß die unter Ziffer 3 verzeichnete Petition bei der Berathung der dem Hause vorliegenden Anträge hinsichtlich des Beamtengesetzes ihre Erledigung finden werde.

Hierauf theilt der Präsident dem Hause mit, daß Seitens der Abgeordneten Heimbürger, Muser, Vogelbach, Schumann, Eder und Benedey folgender Antrag eingebracht worden sei:

„Die Kammer wolle an die Großherzogliche Regierung das Ersuchen stellen, Großherzogliche